

Wieviele multi kulti...



Sommer in Berlin-Tiergarten

Erst hatte ich ja vor, den Titel meines Beitrags zu ändern, aber dann dachte ich mir, vielleicht ist es doch nicht so schlecht, bei dieser Formulierung zu bleiben. Denn Thema und Wortwahl illustrieren sehr gut die Schieflage, wie in Deutschland mit dem Thema Zuwanderung, mit dem Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Nationalität, Kultur oder Religion umgegangen wird: nämlich ein rein defensiver Ansatz: „Wieviel ist möglich?“, „Wo ist die Grenze?“ „Wann ist das Maß (Boot ??) voll?“ Kein Wunder, daß auch die öffentliche

Diskussion polarisiert ist in die Positionen „Deutschland ist kein Einwanderungsland!“ und „Grenzen auf für alle!“ Nur – mit frommen Wünschen und weltfremden Forderungen läßt sich keine vernünftige Politik betreiben. Durch eine rein defensive Haltung und defensives Denken lassen sich verantwortliche Politiker den Handlungs- und Gestaltungsspielraum aus der Hand nehmen. Die ersten Tage und Wochen des neuen Jahres 1998 lieferten dafür wieder ein gutes Beispiel. An der süditalienischen Küste stranden schrottreife Schiffe, überfüllt mit kurdischen Flüchtlingen, aber

auch Menschen aus anderen Ländern, die ihre Hoffnung auf ein besseres Leben in Mitteleuropa – vor allen Dingen in Deutschland – mit viel Geld bei gewissenlosen Schlepperorganisationen bezahlt haben. Und schon läuft das bekannte Szenario: Einige deutsche Politiker fordern populistisch die Schließung der Grenzen; Unterstützerorganisationen fordern die bedingungslose Aufnahme in Deutschland, und Journalisten erkundigen sich in hektischen Anrufen in meinem Büro, wann denn die ersten Kurden in Berlin eintreffen werden, damit sie die Schlagzeilen füllen können.

...verträgt Berlin?

Klare Einwanderungs- und Integrationspolitik notwendig

Dabei ist das Problem nun wirklich nicht neu. Deutschland hat in den vergangenen vier Jahren ca. 100.000 Flüchtlinge kurdischer Herkunft aufgenommen. Wo aber waren die Politiker, aber auch die Hilfsorganisationen in den vergangenen Jahren? Wo sind ihre Vorschläge, Asylsuchenden und Flüchtlingen eine echte Alternative zu bieten, den Menschen Perspektiven zu bieten, wie

sie unter menschenwürdigen Umständen auch Asyl in Deutschland beantragen können? Warum sollen kurdische Flüchtlinge aus dem Nordirak beispielsweise keinen Asylantrag bei der deutschen Botschaft in Ankara stellen dürfen? Den Menschen klare Regelungen zu bieten, ihnen eine berechenbare Perspektive zu nennen ist doch allemal besser, als sie den Schlepperorganisationen zu überlassen, die Augen zu verschließen und ihnen erst hier zu sagen: „Tut uns leid, aber bei uns könnt ihr nicht auf Dauer bleiben.“ Damit kein falscher Eindruck entsteht: Natürlich ist es wichtig, die Außengrenzen der Staaten, die dem Schengener

Abkommen beigetreten sind, zu schützen. Es darf nicht sein, daß nur einige Länder der Europäischen Union die Hauptlast des Einwanderungsdrucks tragen, der nun einmal angesichts des Wohlstandsgefälles in der Welt besteht. Aber dies alles kann keine vernünftige Einwanderungs- und Integrationspolitik ersetzen; und das Thema Einwanderung kann nicht allein über das Asylrecht abgewickelt werden. In anderen Bereichen gibt es durchaus pragmatische Verfahren. Denken wir nur an die Zuwanderung deutschstämmiger Aussiedler, die schon in den Herkunftsländern geregelt wird, so daß eine geordnete Aufnahme mit vernünftigen integra-

Die Zuwanderungsgeschichte der letzten Jahrzehnte ist kein Kastastrophenszenario, sondern eher eine Erfolgsstory.



tionsbegleitenden Maßnahmen erfolgen kann. Denn – wenn wir schon von „wieviel geht noch?“ oder „wieviel kann Deutschland vertragen?“ sprechen, dann kann es doch nur um Bereiche wie Arbeitslosigkeit, fehlende schulische und berufliche Bildung, fehlende Arbeitserlaubnis und dergleichen gehen.

Hier liegen die großen Integrationshemmnisse, zusammen mit einer notwendigen Reform unseres Staatsangehörigkeitsrechts, das immer noch Ausländer der 2. oder 3. Generation kennt und die Einbürgerung auch schon lange hier Ansässiger unnötig hinauszögert und kompliziert.

Wer in Deutschland Aufnahme findet, dem muß von staatlicher Seite auch eine Perspektive gegeben werden. Er muß die Möglichkeit haben, für seinen eigenen Lebensunterhalt aufzukommen; er muß eine berechenbare Grundlage haben, wann und ob er ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht erhält. In der Praxis ist häufig das Gegenteil der Fall. In letzter Zeit kommt es verstärkt dazu, daß Menschen aus unterschiedlichen Staaten nach Deutschland kommen, hier erst gar keinen Asylantrag stellen oder, auch wenn der Asylantrag abgelehnt worden ist, dennoch hierbleiben, weil die Heimatländer sich weigern, ihre Bürger wieder aufzunehmen. Es handelt sich vornehmlich um Menschen aus Serbien und aus Vietnam, aber auch aus verschiedenen afrikanischen Ländern. Sie können nicht abgeschoben werden und bleiben ohne jede Perspektive auf dauerhafte Integra-

tion hier; sie erhalten Sozialleistungen, so daß auch kein Anreiz besteht, freiwillig in die Heimat zurückzukehren, was sie ja ohne weiteres tun könnten. Legal arbeiten dürfen sie nicht, für schulische und berufliche Bildung ist ebenfalls nicht gesorgt. Diese Fälle sind es vor allem, die dafür sorgen, daß immer wieder reißerische Artikel und Schlagzeilen den Integrationserfolg insgesamt in Frage stellen und sogar behaupten, ein dauerhaftes friedliches Zusammenleben mit Zuwanderern sei schwierig, wenn nicht gar gescheitert.

Beispiele für gelungene Integration

Dabei ist das Gegenteil der Fall. Die Zuwanderungsgeschichte der letzten Jahrzehnte taugt nicht zum Katastrophenszenario, sondern ist eher eine Erfolgsstory. Für das friedliche und verträgliche Zusammenleben spielen religiöse oder kulturelle Unterschiede viel weniger eine Rolle, als die öffentliche Berichterstattung glauben macht. Je fremder eine Kultur, so heißt es nicht selten, desto schwieriger wird eine dauerhafte Integration. Belegen läßt sich das nicht. Nehmen wir das Beispiel der koreanischen Zuwanderer, die vor gut 30 Jahren als Krankenschwestern oder Bergleute nach Deutschland gekommen sind. Obwohl sie aus einem völlig anderen Kulturkreis stammten, ist

ihre Integration hervorragend gelungen. Hintergrund ist vor allem der gute Bildungsstand der koreanischen Neubürger, die hier Arbeit und berufliche Perspektiven vorfanden. Kein Wunder, daß sie später ebenfalls sehr viel Wert auf eine schulische und berufliche Qualifikation ihrer Kinder legten. Noch ein Beispiel aus dem ostasiatischen Raum: Die vietnamesischen Boat-People, die in den 70er Jahren als Kontingentflüchtlinge Aufnahme fanden, sind ebenfalls alles andere als eine Problemgruppe, trotz aller kulturellen Verschiedenheit. Wenn in letzter Zeit Vietnamesen für negative Schlagzeilen gesorgt haben, dann handelt es sich um abgelehnte Asylbewerber oder Personen, die eingereist sind, weil sie wissen, daß sie kaum abgeschoben werden können, weil Vietnam lange nicht bereit war, seine Staatsbürger wieder aufzunehmen. Aus ihnen rekrutieren sich mafiöse Kreise, die berüchtigten Zigarettenhändler. Auch ohne eine Integrationsperspektive bleiben sie oft für viele Jahre hier.

Und wenn von Schwierigkeiten beim Zusammenleben mit Zuwanderern aus dem ehemaligen Jugoslawien die Rede ist, dann sind damit wohl kaum die vielen Arbeitnehmer gemeint, die einstmals als „Gastarbeiter“ nach Deutschland gekommen sind. Ihre Integration ist ebenfalls sehr positiv verlaufen. Der ungesicherte Aufenthalt der Kriegsflüchtlinge vor allem aus Bosnien ist es, der eine Integration verhindert, die auch nicht angestrebt wird, da

dieser Personenkreis in die Heimat zurückkehren wird.

Voraussetzung für eine gute Integrationsprognose ist vor allem eine schulische und berufliche Qualifikation. Auch bei inzwischen schon lange hier ansässigen Zuwanderergruppen gibt es hier Probleme, die nicht heruntergespielt werden sollten.

Qualifikation als Voraussetzung für Integration

Die Arbeitslosenquote unter der türkischen Bevölkerung ist besonders hoch, eben weil die Zahl derjenigen, die keinen schulischen Abschluß besitzen und keine berufliche Ausbildung vorweisen können, zu hoch ist. Damit können sie auf dem Arbeitsmarkt mit anderen besser Qualifizierten immer schlechter konkurrieren. Hier gilt es Hilfestellung und auch bei den Eltern Aufklärungsarbeit zu leisten. Denken wir zurück: Die ehemaligen „Gastarbeiter“ aus der Türkei stammten vorwiegend aus ländlichen Regionen; sie kamen nicht selten als unqualifizierte Arbeitskräfte. Ihnen ging es darum, zunächst viel Geld zu verdienen; auf eine berufliche Ausbildung, auf eine gute Schulbildung ihrer Kinder legten sie nicht das nötige Augenmerk. Diese Situation bessert sich erst allmählich im Lauf der Zeit. Integrationsprozesse sind langwierig. Wenn von den großen kulturellen Unterschieden die Rede ist, dann geht es häufig nur um die Schwierigkeiten, auf

die ländliche Bewohner in einer Großstadt treffen. Kein Wunder, daß es in Familien zu Konflikten kommt, wenn beispielsweise ein Großvater aus der patriarchalisch geprägten Tradition eines kleinen türkischen Dorfs nur wenig Verständnis für die Freiheiten seiner Enkelin aufbringt, die hier die Schule besucht oder abends in die Disko geht.

Wenig hilfreich ist es, wenn der Zuwandererbevölkerung vor schnell bestimmte „Identitäten“ zugeordnet werden, die es zu erhalten und zu schützen gilt. Die Zuordnung von bestimmten Eigenschaften ist oft zwar gut gemeint, führt aber letztlich doch zu Schubladendenken und Ausgrenzung. Zuwanderer leben hier nicht etwa „zwischen zwei Welten“, wie es immer wieder gern genannt wird, sie bewegen sich vielmehr zwischen weitaus mehr Strömungen, Einflüssen und Richtungen. Darin unterscheiden sie sich nicht grundsätzlich von der deutschen Bevölkerung. Bei ihr akzeptieren wir ohne zu überlegen, daß es selbstverständlich eine Vielzahl von Kulturen gibt, die nebeneinander existieren, sich beeinflussen oder auch nicht. Selbst innerhalb der jungen Generation gibt es eine unübersehbare Vielfalt von „Jugendkulturen“. Diese Diversifizierung sollten wir auch den zugewanderten Neubürgern zugestehen. Sie sind damit auch keineswegs „kulturell entwurzelt“. Diese Vielfalt wird in Zukunft noch weiter zunehmen. Gerade in einer Großstadt ist dieser stete Wandel spürbar. Kunst, Musik und Literatur





Barbara John, seit 1981 erste – von Richard von Weizsäcker eingesetzte – Ausländerbeauftragte des Senats von Berlin.

leben davon. Für jeden direkt erfahrbar ist diese Entwicklung nicht zuletzt auf dem kulinarischen Sektor, wo sich die Köche der unterschiedlichsten nationalen Küchen gegenseitig in die Töpfe schauen, mit verschiedenen Rezepten experimentieren.

Diese kulturübergreifende Entwicklung ist nichts, was uns Angst machen müsste; im Gegenteil. Wir müssen lernen, Buntheit und kulturelle Vielfalt als etwas Positives, als einen Wert, den es zu schützen gilt, wahrzunehmen. Eine Großstadt, eine moderne demokratische Gesellschaft lebt davon. Und wenn wir uns einmal mit offenen Augen umschauen, dann ist das verträgliche Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Nationalität, Herkunft und Kultur keineswegs dort gefährdet, wo viele Kulturen zusammentreffen. Gewalt und Aggression gegenüber Zuwanderern ist weit häufiger dort festzustellen, wo der Anteil der Zuwanderer eher gering ist, wo die Menschen wenig Berührungspunkte haben, wo sie das Zusammenleben im Alltag gar nicht einüben können. Gerade in den neuen Bundesländern besteht hier ein großer Nachholbedarf; im Westen der Republik hatten die Menschen viel mehr Zeit, das „multikulturelle Zusammenleben“ zu erlernen. Wie gesagt, es geht nicht darum, wieviel „multikulti“ eine Stadt verträgt – dafür gibt es keine Grenze. Wir müssen verhindern, daß soziale Probleme, Arbeitslosigkeit, fehlende Ausbildung sich „ethnisieren“, d. h. mit bestimmten Bevölkerungsgruppen gleichgesetzt werden. Dann erst bergen Nationalitätsunterschiede Konfliktstoff.